

Natursteine aus China und Indien

Verhaltenskodex in den Kinderschuhen

Friedel Hütz-Adams

Wer eine Arbeitsfläche aus Granit für die neue Küche, Bodenplatten aus einem besonders schönen Sandstein, Pflaster oder einen Grabstein bestellt, muss manchmal wochenlang warten. Ursache dieser „Lieferfristen“ ist häufig nicht die Überlastung eines deutschen Steinmetzes, sondern der lange Lieferweg: Der Handel mit Natursteinen ist zu einem globalen Geschäft geworden. Viele Produkte aus Naturstein werden in Indien und China – oder Rumänien, Brasilien, Vietnam etc. – bestellt, dann dort gefertigt und anschließend per Container nach Deutschland geschickt. Wer den hiesigen Zwischenhandel umgehen will, kann bei vielen Betrieben direkt im Internet ordern. Die Websites indischer Betriebe sind in der Regel in englischer Sprache, einzelne Betriebe in China verfügen sondern über deutschsprachige Bereiche. Zugleich erschienen Studien über zum Teil äußerst schlechte Arbeitsbedingungen in den Steinbrüchen Indiens und Chinas, der beiden wichtigsten Lieferländer.

Kinderarbeit in der Produktionskette?

Die Globalisierung des Marktes für Natursteine hat in den vergangenen Jahren zu einem massiven Preisverfall geführt. Arbeitsflächen aus Granit für Küchen waren noch vor kurzem für Normalverdiener unerschwinglich, doch mittlerweile bieten einzelne Hersteller diese zum gleichen Preis an wie Oberflächen aus Holz. Deutsche Betonwerke werden bei Pflastersteinen von Natursteinimporteuren unterboten, Steinmetze erlebten bei Grabstei-

nen aus Granit binnen weniger Jahre eine Halbierung der Preise.

Seit 2003 sind Berichte über die Kehrseite dieser Entwicklung erschienen: Studien in Indien ergaben, dass dort beim Abbau in den Minen oftmals nicht einmal geringste Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden. Schätzungen zufolge sind mindestens 15 Prozent der mehr als eine Million Beschäftigten der Branche Kinder. Die schlechten Arbeitsbedingungen in den Minen führen häufig zu schweren gesundheitlichen Schäden, von denen besonders die Kinder bedroht sind. Die hohe Staubbelastung hat dazu geführt, dass hunderttausende Menschen an der Quarzstaublunge erkrankt sind. Die Entlohnung der Beschäftigten reicht oftmals nicht aus, um der schlimmsten Armut zu entkommen, die Lebenserwartung der Beschäftigten liegt teilweise bei 40 Jahren (siehe Heft 2-3/2006).

Ein Ausweichen von indischen Steinen hin zu Ware aus China, dem zweiten großen Billiganbieter auf dem deutschen Markt, hilft wenig. Zwar gibt es keine Berichte über weit verbreitete Kinderarbeit in den dortigen Betrieben, doch auch in chinesischen Unternehmen gibt es erhebliche Missstände: illegal errichtete Betriebe, niedrige Löhne, Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen.

Die Bedeutung der Einfuhren aus China übertrifft die Indiens mit Ausnahme des Grabsteinhandels bei weitem. Das Land liefert mit rund 340 000 Tonnen die Hälfte der nach Deutschland eingeführten Endprodukte aus Naturstein und bestimmt damit maß-

geblich die Preise. Bei Massenwaren haben chinesische Hersteller den Markt weitestgehend übernommen. Bei Pflastersteinen wird deren Marktanteil beispielsweise auf 80 bis 90 Prozent geschätzt.

Der globalisierte Steinmarkt hat darüber hinaus zu einem direkten Zusammenhang zwischen Steineinkäufen aus China und Kinderarbeit in Indien geführt: Wichtigster Granitlieferant Chinas mit mehr als 1,2 Millionen Tonnen im Jahr 2006 war Indien. Wer demnach „chinesische“ Granitsteine kauft, kann ohne Herkunftskontrollen nicht ausschließen, dass indische Kinder Teil der Produktionskette waren.

Massive Umweltprobleme

Zahlreiche Berichte aus Indien belegen die massiven Probleme, die die Steinverarbeitung mit sich bringt. Dies beginnt bereits mit dem Anlegen von Steinbrüchen, denen Felder oder unberührte Natur zum Opfer fallen. Einen massiven Eingriff stellen die in Indien immer noch häufigen Sprengungen zum Abbau der Steine dar. Zusätzlich zum Lärm verletzen herumfliegende Steinbrocken immer wieder Menschen und Tiere.

Der Staub aus den Minen legt sich auf alle Pflanzen der Umgebung und beeinträchtigt deren Wachstum. Als in der Umgebung von Budhpura (Rajasthan) beispielsweise viele Steinbrüche eingerichtet wurden, sank der Grundwasserspiegel durch das Abpumpen des in die Minen einsickernden Wassers immer weiter, was den Zugang zum für die Bewässerung notwendigen Wasser erschwert.

Der Abraum und der Schutt der Minen wurden illegal über große Flächen verstreut entsorgt, stillgelegte Steinbrüche nicht wieder gefüllt. Beschwerden bei den Behörden über die Auswirkungen der Minen sind aussichtslos. Gegen die erheblichen Geldmittel der oftmals wohlhabenden Steinbruchbetreiber haben die Armen aus den Dörfern beim derzeitigen System keine Chance.

Wie rücksichtslos viele Steinbruchverarbeiter vorgehen, zeigt ein Bericht aus dem Hospet-Belarry-Distrikt im Bundesstaat Karnataka. Dort werden Granitblöcke nicht nur – teilweise mit Kinderarbeit – abgebaut, sondern auch geschnitten und poliert. Dabei wird Kerosin über die Schneidwerkzeuge gegossen, um die Bearbeitung zu erleichtern. Dieses Kerosin verbindet sich mit den entstehenden Stäuben zu einer weißen, relativ festen Masse, die rund um die Fabriken ausgekippt wird und den Boden verseucht. Kinder sammeln diese Masse ein, vermischen sie mit Wasser und kneten sie so lange, bis sie sich verflüssigt. Dann setzt sich das Kerosin oben ab. Die Kinder schöpfen es ab und füllen es in Flaschen, die sie dann wiederum an die Fabrikbesitzer verkaufen. Diese Arbeiten geschehen mit bloßen Händen und ohne Schutz vor den Kerosin-

dämpfen. Auch Umweltaspekte spielen dabei keine Rolle.

Aus China liegen zwar keine zusammenhängenden Studien vor, doch auch dort lassen Berichte auf erhebliche Umweltprobleme bei der Gewinnung und Verarbeitung von Natursteinen schließen. Im Oktober 2004 begann beispielsweise die Provinzregierung von Shanxi mit der Schließung von Steinbrüchen, die illegal rund um 18 historische Grabstätten entstanden waren. In der geschützten Hügellandschaft waren rund zehn Steinbrüche eröffnet worden, die eine Fläche von 67 Hektar bedeckten. Auch der berühmte Shalintempel ist laut einem Bericht vom Juni 2006 bedroht, da die Berge und Wälder rund das Heiligtum durch mehr als zwanzig Steinbrüche zerstört werden.

Die Untersuchung des Zustandes kleiner, unbewohnter Inseln vor der chinesischen Küste kam Mitte 2007 zu dem Ergebnis, dass deren Ökosysteme vielfach zerstört wurden. Als Gründe werden neben dem Abkippen von Müll und der Nutzung der Inseln für Vorratsgebäude illegale Steinbrüche genannt. Da es kein Gesetz gibt, das die Inseln schützt, werden diese rücksichtslos zerstört. Wie weit verbreitet illegale Minen sind,

zeigt eine Pressemeldung aus dem Jahr 2005: Die Verwaltung der Stadt Chongqing kündigte die Schließung von fast 700 Steinbrüchen an, um die hohe Staubbelastung der Stadt zu senken.

Kommunen unter Druck

Mit diesen Berichten geriet die Einkaufspolitik deutscher Kommunen ins Blickfeld von Entwicklungs- und Umweltorganisationen: Die Kommunen gehören mit ihren Bauaufträgen zu den Großkunden der Natursteinhändler. Der Druck wuchs in den vergangenen Jahren durch Presseberichte sowie die beharrliche Lobbyarbeit von Nichtregierungsorganisation. Immer mehr Vergabestellen in Kommunen mussten sich die Frage gefallen lassen, ob sie Produkte aus Kinderarbeit gekauft haben oder weiter kaufen. Die Natursteine sind dabei nur ein Beispiel für die Problematik, denn letztendlich geht es um die gesamte öffentliche Beschaffung, von Stein über Kaffee bis hin zu Textilien. Die Frage, die dabei im Raum steht: Darf der billigste Anbieter den Zuschlag bei Ausschreibungen erhalten, wenn damit das Risiko besteht, dass Kinderarbeit die Produkte zu den billigsten am Markt machten?

Mehr als 100 Kommunen und fünf Bundesländer verlangen inzwischen in ihren Ausschreibungen für Natursteine wie auch für andere Produkte eine Zertifizierung der Lieferanten nach Sozialkriterien. Zugleich weigert sich allerdings das Bundeswirtschaftsministerium, bundesweit einheitliche Kriterien für das öffentliche Beschaffungswesen zu erlassen. Während eine europäische Regierung nach der anderen zwei EU-Richtlinien aus dem Jahr 2004 übernommen hat, die ökologische und soziale Kriterien bei Ausschreibungen ausdrücklich erlauben, verweigert das Bundeswirtschaftsministerium eine Anpassung deutscher Gesetze. Verwiesen wird bei der Ablehnung immer darauf, soziale Kriterien seien

SÜDWIND-Studien zum Thema

- „Indien: Kinderarbeit in der Steinindustrie. Schöne Steine im Sonderangebot – Wer zahlt den Preis?“ (2006)
- „Arbeitsbedingungen in Chinas Steinindustrie – Eine Mauer des Schweigens?“ (2007) sowie
- „Verhaltenskodizes in der Natursteinbranche – Vorschläge für eine Umsetzung“ (2007)

Die Studien stehen im Internet (www.suedwind-institut.de) als Downloads zur Verfügung.

Die Broschüre „Misstände in chinesischen und indischen Steinbrüchen: Was können Kommunen dagegen tun? Ein Leitfaden für Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen“ (2007) liegt gedruckt und im Internet vor.

„sachfremde Leistungen“ und würden zu mehr Bürokratie führen. Viele Kommunen trauen sich daher nicht, Kriterien für die Lieferanten einzuführen: Sie haben Angst vor Klagen unterlegener Bieter bei Ausschreibungen. Andere Kommunen gehen dagegen davon aus, dass kein unterlegener Bieter das „Recht“ einklagt, Produkte aus Kinderarbeit liefern zu dürfen.

Umfassende Kriterien gefordert

Die vorliegenden Daten über den Natursteinmarkt belegen allerdings auch, dass ein alleiniges Verbot der Kinderarbeit nicht ausreichend ist. Grundlage einer Verbesserung der Situation in den Steinbrüchen wie auch in den verarbeitenden Betrieben ist eine umfassende Verbesserung der Arbeitssituation. Dazu gehören Löhne in einer Höhe, die ausreicht, damit volljährige Beschäftigte eine Familie ernähren können – sonst werden weiterhin Kinder mitarbeiten. Doch zusätzlich müssen auch weitere Probleme angegangen werden. Wenn beispielsweise in vielen Betrieben eine hohe Staubbelastung oder andere mangelnde Sicherheitsbestimmungen zu vielen Erkrankungen führen, ist dies menschenverachtend und darüber hinaus eine Ursache für Kinderarbeit: Fallen die Erwachsenen aus, müssen die Kinder die Familie ernähren.

Mit Düsseldorf und Neuss gehen erste Städte über die Frage nach Kinderarbeit hinaus und verlangen die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation. Diese umfassen die:

- ILO-Konvention 182 über ein **Verbot** der schlimmsten Formen der **Kinderarbeit** und unverzügliche Maßnahmen zu deren Beseitigung,
- ILO-Konvention 138 über das **Mindestalter** der Zulassung zur Beschäftigung,

- ILO-Konventionen 29 und 105 zur **Abschaffung der Zwangsarbeit** und Arbeit in Schuldknechtschaft,

- ILO-Konvention 111 über **Nichtdiskriminierung** am Arbeitsplatz,

- ILO-Konvention 87 über die **Vereinigungsfreiheit**,

- ILO-Konvention 98 über das Recht zu **Kollektivverhandlungen**,

- ILO-Konvention 100 über gleiche **Entlohnung**.

Großstädte wie München, Berlin, Nürnberg oder Mannheim erwägen ähnlich weitgehende Bestimmungen.

International aktive deutsche Natursteinhändler werden zudem in mehr und mehr europäischen Nachbarstaaten mit der Forderung nach einer Zertifizierung der Lieferanten konfrontiert. In den Niederlanden schreibt ein Gesetz beispielsweise vor, dass in der öffentlichen Beschaffung ab 2010 Nachhaltigkeitskriterien beachtet werden müssen. In mehreren anderen europäischen Ländern laufen ähnliche Überlegungen.

Wenn die deutschen Importeure von Natursteinen, die in Entwicklungsländern gewonnen oder verarbeitet wurden, sich dieser Entwicklung nicht anpassen, werden sie vor großen Problemen stehen: Hiesige Verarbeiter europäischer Natursteine haben kein Problem, ihre Betriebe zertifizieren zu lassen – und Konkurrenten aus anderen europäischen Staaten arbeiten bereits daran, ihre Lieferanten in China, Indien etc. zu überprüfen. Sie können vermutlich in Kürze den Kommunen die gewünschten zertifizierten Steine anbieten. In den Niederlanden arbeiten beispielsweise mehrere Importeure an einer überwachten Lieferkette.

Gesetzgeber gefordert

Verhaltenskodizes sind jedoch kein Ersatz für staatliche Regulierung. Ziel aller Bestrebungen in der Natursteinbranche wie auch in anderen Wirtschaftssektoren muss sein, klare rechtliche Rahmensetzung für die Aktivitäten der Unternehmen zu schaffen. Erst dann haben die Beschäftigten weltweit konkrete Rechte, auf die sie sich berufen können, und die Unternehmen Verpflichtungen, die eingeklagt werden können.

Wiederholte Übergriffe von angeheuerten Schlägern auf chinesische Arbeitsrechtler oder Morddrohungen gegen Mitarbeiter von *XertifiX India*, die indische Natursteinbetriebe kontrollieren wollten, zeigen deutlich, dass die Regierungen aktiv werden müssen. Dabei sind nicht nur die Behörden der Herstellerländer gefordert: Regierungsvertreter der Industrieländer und damit auch Deutschlands müssen weltweit gültige Standards zum Schutz der Beschäftigten und der Umwelt einfordern. Sie können zudem über die eigene Einkaufspolitik die Durchsetzung solcher Standards befördern.

Daher dürfen Verhaltenskodizes nicht als Alternative zur staatlichen Regulierung gesehen werden, sondern als ergänzendes Instrument. Sonst läuft man Gefahr, dass sich die Privatisierung der Arbeits- und Sozialpolitik weiter beschleunigt. Die Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen würden ihre Kapazitäten erheblich überschätzen, wenn sie die Arbeitsbedingungen an allen globalen Produktionsstandorten der Zulieferer transnationaler Konzerne überprüfen wollten.

Zum Autor

Friedel Hütz-Adams ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des SÜDWIND e.V., Institut für Ökonomie und Ökumene.